

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ein souveräner Ministerpräsident stellt der Opposition den Text seiner Regierungserklärung am Vorabend zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Finden Sie das zum Lachen? – Für eine demokratische Auseinandersetzung über Themen ist das in allen anderen Bundesländern Brauch. So haben es andere bayerische Ministerpräsidenten früher auch gemacht. Der neue Bayerische Ministerpräsident tut das nicht.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Buh!)

Souveränität im Umgang mit dem Parlament sieht definitiv anders aus, Herr Söder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Staatsregierung hat nur noch für sechs Monate das Mandat, die bayerische Politik zu bestimmen. Trotzdem ist es wichtig, heute nicht nur den Blick auf das halbe Jahr, das vor uns liegt, zu richten. Die Menschen in Bayern erwarten zu Recht, dass wir darstellen, was wir vor allem langfristig für Bayern erreichen wollen. Darüber sind wir uns alle einig.

Wir müssen uns zu Beginn dieser Debatte eine grundlegende Frage stellen: Welche Politik brauchen wir in Bayern? – In meinen Augen brauchen wir eine Politik, die die Menschen wirklich ernst nimmt, ihnen auf Augenhöhe begegnet und geprägt ist von Ehrlichkeit, Geradlinigkeit und Ernsthaftigkeit. Wir brauchen eine Politik des offenen Ohres. Wir brauchen aber vor allem eine Politik, die die Menschen in unserem Land stark macht.

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung viel von Stärke gesprochen. Ich habe aber den Eindruck, dass wir von ganz unterschiedlichen Dingen sprechen. Es geht nicht um Kraftmeierei, Superlative oder Muskelspiele. Es geht um einen Freistaat, der sich für die Menschen stark macht.

(Beifall bei der SPD)

Es geht um eine Politik, die Menschen in ihrem alltäglichen Leben stark macht; denn wenn die Menschen stark sind, formen sie auch eine starke Gesellschaft, eine Gesellschaft, die auch diejenigen mitnimmt, denen die Kraft einmal fehlt. Das ist eine Gesellschaft, in der jeder einen sicheren Platz und die Gewissheit

**Natascha Kohnen (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anlässlich der Wahl des Ministerpräsidenten habe ich vor ein paar Wochen darüber gesprochen, was einen guten Ministerpräsidenten ausmacht. Heute möchte ich noch einen Punkt hinzufügen. Ein guter Ministerpräsident tritt souverän auf – auch im Umgang mit dem Parlament.

hat, auch an seinem Platz bleiben zu können, wenn er das möchte.

(Beifall bei der SPD)

Eine starke Gesellschaft ist eine Gesellschaft des Zusammenhalts, aber auch der Offenheit, der Modernität und der Neugier. Herr Ministerpräsident, eine starke Gesellschaft hat keine Angst vor Neuem, Unbekanntem oder dem Anderen. Eine starke Gesellschaft gibt jedem echte Chancen und die Unterstützung, diese Chancen auch zu nutzen. In einer starken Gesellschaft können alle den Herausforderungen des Lebens und der Zukunft mit Zuversicht begegnen, und das von Anfang an.

Wer nicht von selbst auf starken Beinen steht, dem müssen wir als politisch Verantwortliche helfen. In Schweinfurt und Hof ist mehr als jedes fünfte Kind von Armut bedroht. In ganz Bayern sind es 245.000 Kinder, eine Viertelmillion. Für diese Kinder, Herr Ministerpräsident, ist es unglaublich schwierig, die Zuversicht und das Selbstvertrauen zu gewinnen, um später fest und sicher im Leben zu stehen. Genau hier muss ein starker Staat ran.

(Beifall bei der SPD)

Für uns ist eine eigenständige Grundsicherung für Kinder genau der Weg dafür. Damit können wir nicht nur das Existenzminimum sichern, sondern auch ermöglichen, dass jedes Kind am sozialen und kulturellen Leben teilhaben kann. Dadurch wird die Familienförderung endlich sozial, wirklich gerechter und nebenbei übrigens auch unbürokratischer. Eine Kindergrundsicherung muss für einen wohlhabenden Staat wie unseren eine Selbstverständlichkeit sein. Sie, Herr Ministerpräsident, gehen an den Schwächsten einfach vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Eine Kindergrundsicherung gibt es also nur mit der SPD.

Ein Zeichen der Stärke und der Zuversicht ist es auch, jedem Kind in unserem Land die gleichen Startchancen zu geben. Wir müssen genau dies tun. Dafür brauchen wir nicht nur ausreichend Kitas. Im Moment fehlen 53.000 Krippenplätze. Wir brauchen auch Kitas, die nichts kosten. Die Devise für uns in Bayern darf eben nicht lauten "Kitaausbau mit hoher Qualität oder Kostenfreiheit", sondern "Kitaausbau mit hoher Qualität und Kostenfreiheit";

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

denn nur wenn beides gegeben ist, profitieren Kinder von Anfang an von bester Bildung. Das müssen wir möglich machen. Klar ist doch: Kostenfreie Kinderbetreuung macht Bayern stark. Dazu fehlt Ihnen aber anscheinend die Kraft. Die kostenfreie Kinderbetreuung in der Kita gibt es also nur mit der SPD.

Das wollen wir in den Schulen direkt fortsetzen mit einem guten Ganzttag, und guter Ganzttag heißt eben pädagogische Betreuung und nicht Verwahrung. Den guten Ganzttag brauchen wir für alle Kinder, nicht nur für die, deren Eltern das bezahlen können und die dann wieder einen Vorsprung haben vor denjenigen, deren Eltern das nicht können. Die Staatsregierung kümmert das wenig. Sie geht weiter den Weg, auf dem Kinder aus Familien, die weniger Geld haben, selbst schauen müssen, wie sie klarkommen. Der Weg der SPD gibt allen Kindern die gleiche Unterstützung und macht sie stark; denn gute kostenfreie Kinderbetreuung und gute kostenfreie Ganzttagsschulen machen Kinder heute stark.

(Beifall bei der SPD)

Sie helfen aber – jetzt kommt der Punkt – auch den Eltern; denn dadurch können Alleinerziehende so viel arbeiten, wie sie möchten und wie sie auch müssen. Dadurch können beide Partner in einer Beziehung arbeiten, und keiner gerät in die Abhängigkeit des anderen und in die Gefahr – darüber haben Sie kein Wort verloren –, dass im Alter die Rente nicht reicht.

(Beifall bei der SPD)

Für Hunderttausende Frauen in unserem Land ist aber genau das die Wirklichkeit; denn Frauen, die heute in Bayern in Rente gehen, bekommen im Durchschnitt nur 570 Euro aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Bei Männern ist es genau das Doppelte. Kein Wort dazu von Ihnen. Die Zahlen sprechen doch für sich. Altersarmut ist in Bayern weiblich, und ein Mann, Herr Söder, ist schlicht keine Altersversorgung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ein starker Staat muss also alles dafür tun, dass die Menschen in unserem Land den Spagat zwischen Beruf und Kindern oder auch Pflege von Angehörigen bewältigen können, dass dieser Spagat kein gewaltiger Kraftakt wird und dass niemand, weder Frauen noch Männer, dafür im Alter Armut in Kauf nehmen muss. Wenn also eine Frau oder ein Mann die Arbeitszeit reduzieren will oder muss, um mehr Zeit für die Kinder zu haben, Herr Ministerpräsident, oder um Angehörige zu pflegen, muss sie oder er genau in dieser Zeit Unterstützung bekommen. Ein bayerisches

heit und an der Liebe zur Liberalität. Daran versündigen Sie sich dann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen auch eines: Das Polizeiaufgabengesetz passt leider in das allgemeine Bild der CSU in diesen Wochen, Herr Söder. Vieles, was aus der neuen Führungscrew der CSU kommt, ist einfach ohne Augenmaß und maßlos. Aus Ihren Facebook-Parolen, Ihrer Sprache der Konfrontation in Interviews, Ihrem mangelnden Respekt vor anderen Glaubensrichtungen und Ihrer Polarisierung sprechen vor allem Verunsicherung und eine tief sitzende Angst vor dem Machtverlust. Daraus resultiert offensichtlich Skrupellosigkeit, wenn es darum geht, Menschen gegeneinander auszuspielen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ihnen scheint ja derzeit fast alles recht zu sein, um Ihre Angst vor einer rechtsextremen Partei in den Griff zu bekommen. Deswegen, Herr Ministerpräsident, kann ich die freundlichen Passagen Ihrer Regierungserklärung heute für mich persönlich nicht ernst nehmen. Denn würden Sie sie wirklich ernst meinen, würden Sie sich an diesem traurigen Schauspiel nicht nur nicht beteiligen, Sie würden es stoppen. Aber dazu, Herr Söder, fehlt Ihnen der Wille.

(Zurufe von der SPD: Bravo! – Lang anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den GRÜNEN)

:

Volkmar Halbleib (SPD): Verfassung lesen! Dann brauchen wir keine Zwischenrufe zu machen!

– Artikel 106: Kommunen und Land bauen. Nachlesen! Ich sage Ihnen eines: Der Freistaat baut seit Jahren nicht, Herr Reiß. Das ist so. Das, Herr Ministerpräsident, ist Ihre ganz persönliche negative Bilanz. Tut mir leid!

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Artikel 83!)

Sie sind schon seit Jahren an der Regierung.

(Beifall bei der SPD – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Aber wir bauen doch schon!)

Die Staatsregierung hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Augen vor dieser Entwicklung schlicht verschlossen, und die nackten Zahlen, die uns vorliegen, Herr Ministerpräsident, sprechen eine klare Sprache: 26 der 30 deutschen Kommunen mit den höchsten Wohnpreissteigerungen liegen in Bayern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört! Hört!)

Seit 2007 sind in Bayern, Herr Ministerpräsident, die Mieten um mehr als ein Drittel gestiegen. Die Baugrundpreise – da sind wir bei der Eigentumsbildung für Einfamilienhäuser – sind im Freistaat in den letzten zehn Jahren um 86 % gestiegen und die Preise für Wohnungen um 60 %. Herr Ministerpräsident, das ist auch Ausdruck der wirtschaftlichen Dynamik in unserem Land, deren Sie sich so gerne rühmen und die Sie als Stärke bezeichnen. Ich kann Ihnen aber eines sagen: Es ist vor allem Ausdruck einer katastrophalen Entwicklung, die die Staatsregierung maßgeblich mit zu verantworten hat.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Bestand an Sozialwohnungen in Bayern hat sich in den letzten 20 Jahren halbiert; nur 3 bis 4 % des gesamten Wohnungsbaus entfallen auf den sozialen Wohnungsbau. Als der Bund, Herr Ministerpräsident, in den letzten Jahren die Finanzmittel für den Wohnungsbau verdreifachte, haben Sie als bayerischer Finanzminister umgehend unsere Landesmittel halbiert. So kann man einer dramatischen Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt nicht entgegentreten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) – Volkmar Halbleib (SPD): Ein Desaster!)

In dieser dramatischen Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt hat die Staatsregierung wohl die größte

Fehlentscheidung der letzten Jahrzehnte getroffen: den Verkauf der 33.000 GBW-Wohnungen

(Unruhe)

mit 85.000 Mieterinnen und Mietern, die heute, Herr Ministerpräsident, der Grundstock einer staatlichen Wohnbaugesellschaft sein könnten, wenn Sie sie nicht dem Markt mit seinen freien Kräften in den Rachen geworfen hätten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Bravo! Jawohl!)

Die Krise auf dem bayerischen Wohnungsmarkt liegt also auch in der Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung, und bei dieser zentralen Frage unseres Landes haben Sie versagt – anders kann man es nicht mehr nennen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Nun haben Sie die Gründung einer Wohnbaugesellschaft angekündigt. Im Januar sprachen Sie davon, mit dieser Wohnbaugesellschaft in drei Jahren 4.000 Wohnungen bauen zu wollen. Heute haben Sie in Ihrer Regierungserklärung gesagt, Sie würden in den nächsten acht Jahren 10.000 Wohnungen bauen wollen. Ich weiß nicht, wer das bei Ihnen durchrechnet, aber jetzt wollen Sie noch weniger bauen, als Sie im Januar bauen wollten – das heißt, pro Kommune, pro Jahr 0,6 Wohnungen. Ist Ihnen das eigentlich deutlich geworden?

(Volkmar Halbleib (SPD): Tja!)

Wie wollen Sie damit den Bedarf an sozialem, bezahlbarem Wohnraum in den Griff bekommen? – Das ist doch eine Nullnummer!

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Das hat wenig mit Ehrlichkeit und Gradlinigkeit zu tun – damit, wie wir Politik eigentlich machen müssten. Was wir in diesem Land tatsächlich brauchen – und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt –, ist eine Wohnungsoffensive Bayern. Was bedeutet das? Jetzt zähle ich Ihnen einmal zehn Punkte auf.

Erstens. Wir müssen uns sofort einen Überblick über die bebaubaren staatlichen Flächen verschaffen. Das nennt man ein Flächenkataster.

(Beifall bei der SPD)

Das gibt es aber nicht. Sie wissen nicht einmal, wie viele bebaubare Flächen wir haben. Das sollten Sie aber wissen. Das sollten wir alle wissen.

Zweitens. Wir müssen eine Wohnbaugesellschaft gründen, die in den nächsten fünf Jahren mindestens 25.000 neue bezahlbare Wohnungen baut.

(Beifall bei der SPD)

Fachleute von Wohnbaugesellschaften und der Bauindustrie sagen: "Ja, das ist ambitioniert, aber es ist machbar, es muss nur der Wille dafür vorhanden sein."

Der dritte Punkt: Wir müssen die Landesmittel für den Wohnungsbau mindestens auf 350 Millionen Euro jährlich erhöhen. Die Landesmittel für Wohnungsbau sind heute am Tiefststand seit den 90er-Jahren. Das kann nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall bei der SPD)

Diese Summe von 350 Millionen Euro ist in meinen Augen auch absolut vertretbar. Warum? – Jede Wohnung, die gebaut wird, bedeutet einen dauerhaften Wert, und genau deswegen geht das – man muss das nur wollen.

Heute haben Sie einen Nachtragshaushalt angekündigt. Wir hatten genau diesen Nachtragshaushalt bereits im März im Haushaltsausschuss in diesem Parlament beantragt. Im März, also vor vier Wochen, haben Sie diesen abgelehnt; heute kommt er. – Gut, sei's drum. Wenn man über parlamentarische Arbeit spricht, sollten Sie Ideen der Opposition, die gut sind, die zukunftsweisend sind, einfach einmal früher annehmen. Dann geht das Land insgesamt nach vorne.

(Zurufe von der SPD – Lebhafter Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Viertens. Ich bin immer noch bei einer Wohnraumoffensive; Sie können es gerne mitnotieren oder nachher noch einmal nachlesen: Wir müssen den Genossenschaften und den Kommunen Bauland für geförderten Wohnungsbau zu günstigen Bedingungen zur Verfügung stellen, bevorzugt in Erbpacht, um als Land die Kontrolle über den Boden zu behalten. Das wird in unserem Land überhaupt nicht mehr getan. Der Freistaat, Herr Ministerpräsident, verkauft hingegen im Moment nach wie vor seine Grundstücke zu Marktpreisen. So funktioniert das nicht. Sie müssen sich Gedanken nach vorne machen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Fünftens. Sie sagen immer: "Alle Kräfte müssen zusammengehen." – Ja, das stimmt, und wir müssen den Landkreisen endlich alle Möglichkeiten an die

Hand geben, selbst zu bauen – nur dann bündeln wir unsere Kräfte, die wir in diesem Land haben.

Der sechste Punkt: Wir müssen Genossenschaften als eigene Säule in das Wohnraumförderungsprogramm aufnehmen. Das ist überfällig.

(Beifall bei der SPD)

Der siebte Punkt: Sie wollen mehr Beamte im Bereich "Bauen". Das ist gut. Wissen Sie aber, was wir noch brauchen? Wir müssen die Bayerische Bauordnung und deren Ausführungsbestimmungen vereinfachen, damit mehr Beamte auch schneller arbeiten können. Diesen Punkt müssen Sie noch dazu ordnen.

(Beifall bei der SPD)

Noch ein achter Punkt: Wir brauchen ein bayerisches Sonderprogramm "Aufzug statt Auszug" für die Älteren in unserer Gesellschaft und damit genau für diejenigen, die unter Beeinträchtigungen leiden oder auf die Barrierefreiheit angewiesen sind. Wir müssen dieses Programm beschließen, um den barrierefreien Umbau von Wohnungen zu fördern, damit Menschen in ihrem Heim, in ihrer Heimat bleiben können. Das ist notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Punkt neun, Herr Söder. – Da muss er auch nicht zuhören; so viel zum Respekt im Parlament.

(Inge Aures (SPD): Die CSU ist eh nicht da! – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Man kann auch zuhören, wenn man nicht hinschaut!)

– Wenn man redet? – Da bin ich mir nicht sicher. Multitaskingfähig sind Sie noch nicht.

Also, neuntens. Wir müssen als Bayern die Mietpreisbremse endlich scharf stellen. Man braucht sich nicht über andere Länder oder über andere Kompetenzen im Bund lustig zu machen; denn die Verordnung in Bayern, die von Ihnen geschrieben wurde, ist – entschuldigen Sie den Ausdruck – stümperhaft, sodass die Mietpreisbremse nicht funktioniert.

(Beifall bei der SPD)

Bayern hat als Bundesland die Möglichkeit, die Mietpreisbremse richtig scharf zu stellen, sodass sie funktioniert, anstatt sich darüber zu stellen und zu behaupten, man könne in Bayern eine eigene aufbauen. – Nein, manches Mal ist es gut, mit anderen zusammenzuarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Nun kommen wir zum zehnten Punkt, den wir als Land eigentlich schon lange in Angriff nehmen müssten. Wir, die SPD, haben ihn schon oft angesprochen: Wir müssen in Bayern die Sozialbindung von Sozialwohnungen verlängern. Das ist überfällig. Jedes Jahr fallen Hunderte von Wohnungen aus der Sozialbindung. Wir hätten die Möglichkeit, die Frist zu verlängern. Wir hätten auch die Möglichkeit, neue Belegungsrechte hinzuzukaufen. Man muss es nur wollen!

(Beifall bei der SPD)

Man darf nicht immer nur von Eigentum sprechen; denn es gibt Millionen Menschen in unserem Land, die zur Eigentumbildung nicht in der Lage sind. Diese Menschen bezahlen aber die Wohnungen, die sie gemietet haben, und die wollen diese Wohnungen auch bezahlen können. Das müssen wir möglich machen. Sie können doch nicht einfach immer an den Mieterinnen und Mietern vorbeigehen. Das funktioniert nicht.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese zehn Punkte unserer "Wohnraumoffensive Bayern" brauchen wir dringend. Ein starker Start muss die Wohnungskrise bewältigen; denn nur so kann er den Menschen wieder Sicherheit und Vertrauen auch in die politische Handlungsfähigkeit geben. Eine echte Wohnraumoffensive macht Bayern stärker. Dazu fehlt Ihnen aber offensichtlich die Kraft. Ich vermute, dazu fehlt Ihnen auch der Wille. – Eine Wohnraumoffensive gibt es nur mit der SPD.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Wohnung gibt uns Sicherheit, genauso wie ein guter Job. Wohnen und Arbeiten sind die Bereiche, in denen wir als Erwachsene die meiste Zeit verbringen. Arbeit ist sinnstiftend und von zentraler Bedeutung für das Selbstwertgefühl und für die Stellung des Einzelnen in unserer Gesellschaft. Ein fester, ein anständig bezahlter Arbeitsplatz gibt dir Sicherheit, und die brauchst du für dein Leben, um in eine Zukunft zu gehen und diese zu gestalten.

Herr Söder, der Freistaat ist Arbeitgeber. Er muss durch sein Handeln klar machen, was gute Arbeitspolitik ist. Vorhin haben Sie die Lehrerinnen und Lehrer ausdrücklich gelobt und wertgeschätzt. Dass aber Lehrer in unserem Land jedes Jahr im Juli darauf hoffen müssen, im September wieder einen Jahresvertrag zu bekommen, kann sich ein starker Staat nicht erlauben.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei der CSU)

Herr Ministerpräsident, diese jungen Menschen kommen tagtäglich zu mir ins Bürgerbüro. Sie sagen: Helfen Sie mir. – Wissen Sie, was mit diesen Lehrern passiert, wenn sie keine Stelle bekommen, wenn im September nichts passiert? – Die rutschen ab in die Grundsicherung. Dort gehören aber diese Menschen, die wir ausbilden doch nicht hin. Sie brauchen Wertschätzung; denn sie sind unsere Zukunft. Sie machen einen Job, der unsere Kinder nach vorne bringt. Es ist Herzblut für dieses Land, diese Menschen wertzuschätzen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo, bravo! – Unruhe bei der CSU)

– Respekt ist eine Frage des Umgangs miteinander im Parlament.

Ich sage Ihnen eines: Ein starker handlungsfähiger Staat muss die sachgrundlos befristeten Jobs im öffentlichen Dienst endlich abschaffen. Ein starker Staat muss diesen Anspruch haben!

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo, bravo!)

Ein starker Staat muss Vorbild sein. Machen Sie als Vertreter eines starken Staats mit uns das, nutzen Sie die Einflussmöglichkeiten, die wir als Staat haben. Von 16 Bundesländern verfügen 14 über ein sogenanntes Tariftrüegegesetz. Unser Land, unser starkes Land gehört bisher nicht dazu.

Als einziges Bundesland in Deutschland hat Bayern noch kein Vergabegesetz. Was heißt das unterm Strich? – Wenn Sie als Staatsregierung Aufträge vergeben, dann kümmert es Sie nicht, zu welchen Bedingungen die Menschen bei demjenigen arbeiten, der den Auftrag bekommt. Das heißt, bei Projekten, die Bayerinnen und Bayern mit ihren Steuergeldern bezahlen, werden unter Umständen Tarife unterlaufen. Bei Projekten, die Bayerinnen und Bayern mit ihren Steuern bezahlen, müssen Menschen unter Umständen zu Bedingungen arbeiten, zu denen niemand von uns hier arbeiten würde oder will. Das ist inakzeptabel, das wollen wir nicht!

(Beifall bei der SPD)

Das wollen auch die Menschen nicht, die hier in Bayern diese Aufträge finanzieren. Das ist jeder Einwohner in Bayern, der Steuern zahlt. Das will niemand. Das darf sich ein starker Staat nicht erlauben. Ein Tariftrüegegesetz macht Bayern stärker. Ehrlich gesagt, scheinen Ihnen dazu die Kraft und der Wille zu fehlen.

Ein Tariftreuegesetz, ein Vergabegesetz, beides wird es wohl nur mit der SPD geben.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns dann noch einen Schritt weiterdenken, und zwar an die Arbeitswelt von morgen, die sich grundlegend verändert. Wenn ich mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern spreche, wenn ich mit Beschäftigten in der Verwaltung spreche, mit Handwerkerinnen und Handwerkern, dann kommen immer wieder die gleichen grundlegenden Fragen: Gibt es meinen Job in fünf, in zehn, in fünfzehn Jahre eigentlich noch? Ersetzt mich eine Maschine oder ein Computer? Werde ich in der Arbeitswelt von morgen überhaupt noch gebraucht? – Solche existenziellen Ängste müssen wir sehr, sehr ernst nehmen. Da hilft der abstrakte Satz eben nicht: Wir müssen die Chancen der Digitalisierung nutzen. – Nein, wir müssen jedem Einzelnen, der diese Ängste hat, aufzeigen, wo sein Platz in dieser neuen Welt von morgen sein könnte. Wir als politisch Verantwortliche müssen mit demjenigen auch gemeinsam dorthin gehen. Dabei müssen wir uns gemeinsam noch einmal klarmachen, was unser Land im Laufe der Jahre und Jahrzehnte wirklich stark gemacht hat: Unser wichtigster Rohstoff ist hier oben, ist in unserem Kopf. Bildung ist unser Schlüssel für die Zukunft. Das war schon immer so, und das wird auch so bleiben. Wenn die Menschen aber Lust auf Bildung haben, wenn sie neugierig sind, was da auf sie zukommen mag, wenn sie wissen, dass sie darauf vorbereitet werden, und wissen, dass sie mit den Veränderungen in der Arbeitswelt nicht nur schritthalten, sondern sie sogar mitgestalten können, wenn sie wissen, sie können der Maschine sagen, was diese zu tun hat und nicht umgekehrt, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die Sicherheit und die Zuversicht, die Stärke bezogen auf die Arbeitswelt von morgen wieder da. Weiterbildung und Bildungsfreistellung sind die zentralen Bausteine, die wir dafür in die Hand nehmen können. Als starker Staat brauchen wir endlich ein Weiterbildungsgesetz. Wir brauchen ein Gesetz, das Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, im Landtag aber schon mehrmals abgelehnt haben, zuletzt erst im Sozialausschuss mit dem Ausruf – ich zitiere die Kollegen der CSU –: "Dieses Land braucht keine bildungswütigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer."

(Zurufe von der SPD: Hört, hört! – Zurufe von der SPD: Pfui!)

Unser Land braucht aber genau das. Unser Land braucht Menschen, die sich bilden wollen,

(Beifall bei der SPD)

die wissen wollen, die nach vorne gehen und stark sein wollen. Das brauchen wir. Ein Weiterbildungsgesetz macht unser Land stärker. Verweigern Sie diese Stärke doch den Menschen nicht.

(Beifall bei der SPD)

Bei diesem Weiterbildungsgesetz fehlt Ihnen, Herr Ministerpräsident, anscheinend wieder Kraft und Wille, es einfach zu tun. Anscheinend gibt es ein Weiterbildungsgesetz aber nur mit der SPD.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns noch etwas bewusst machen, wenn wir von der Arbeitswelt von morgen sprechen. Es gibt etwas, das Maschinen nie können werden. Sie werden niemals die Menschen ersetzen können, die ihren Mitmenschen Zuneigung geben, die Horizonte eröffnen, die bei wichtigen Erfahrungen an deiner Seite stehen, vor allem, wenn du noch klein bist, Menschen, die unsere Jüngsten ganz groß machen und unsere Älteren begleiten. Das werden Maschinen nie können. Was bedeutet das für uns als Politikerinnen und Politiker? – Das bedeutet: Jetzt muss die Stunde der sozialen Berufe kommen. Im Moment haben wir in der bayerischen Industrie und im Handwerk einen Mangel an Fachkräften. Aber wenn langfristig Tätigkeiten wegfallen, die auch von Maschinen geleistet werden können, müssen wir das als Chance begreifen, mehr Arbeit am Menschen zu leisten.

(Beifall bei der SPD)

Damit müssen wir heute anfangen. Wir müssen die hochqualifizierte Arbeit am Menschen endlich wirklich wertschätzen; denn die Menschen, die in den sozialen Berufen arbeiten, tragen die größte Verantwortung. Sie leisten Unglaubliches für unser Land und das heißt, wir müssen sie endlich entsprechend bezahlen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen – in diesem Punkt sind wir, Herr Ministerpräsident, gar nicht so weit auseinander, wie ich glaube, vielleicht nahe beieinander; wer weiß? – die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einem Pakt für anständige Löhne bringen. Wir müssen sie zusammenbringen, an einen Tisch setzen und dann muss dieser Pakt für alle sozialen Berufe gelten.

Jetzt kommt der Punkt, wo Sie ran müssen und wo wir alle ran müssen. Es muss ein starker Staat ran, der eine faire Arbeitspolitik macht. Ein starker Staat kann als Vorbild vorangehen. Er kann die Tarifpartner auffordern, ihm zu folgen. Man muss als starker Staat Vorbild sein wollen und nicht nur da, wo man es sich aussucht, sondern für alle.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen noch vor einer weiteren großen Herausforderung. Wir müssen Menschen, die in unser Land kommen und Schutz suchen, aufnehmen und integrieren. Es gibt zwei Aspekte von Sorgen, die wir lösen können.

Auf der einen Seite fragen mich unheimlich viele Menschen: Warum arbeiten Asylbewerber nicht sofort, wenn sie bei uns sind? Und auf der anderen Seite kommen viele Asylbewerber und fragen: Warum kann ich eigentlich nicht möglichst schnell arbeiten, wenn ich in euer Land komme? Ich will das doch.

Unsere Antwort darauf muss lauten: Wir müssen Asylbewerber so schnell wie möglich in Arbeit bringen, egal welche Bleibeperspektive sie haben.

(Beifall bei der SPD)

Warum? – Wenn sich herausstellt, dass sie zurück in ihre Heimat müssen, nehmen sie Arbeitserfahrung mit. Wenn sich aber herausstellt, dass sie bleiben können, ist Arbeit optimal für die Integration.

Wir dürfen eines aber nicht tun, was in den letzten Jahren und Jahrzehnten bisher viel zu lange geschehen ist, dass wir nämlich Asylbewerber oft über lange Jahre zum Nichtstun verdammen. Das bringt den Menschen nichts; sie kommen zu uns und es bringt damit auch der Bevölkerung nichts, die sie aufnimmt. Wir müssen die Menschen zueinander führen, und Arbeit ist das Mittel zur Integration.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Sehr gut!)

Nun könnte man meinen, wenn man Ihnen heute zuhört, dass ein Landesamt für Asyl – so bezeichnen Sie es –, das entstehen soll, genau ein solches Amt ist, um diese Fragen zu klären, ein Amt also, das sich um Asyl – ein Menschenrecht! – kümmert, um Fragen zur Arbeitsaufnahme, dem Spracherwerb und Ähnliches. Das Amt soll sich aber wohl, wie wir es heute von Ihnen vernommen haben, lediglich darum kümmern, Asylbewerber möglichst schnell abzuschicken.

Das, Herr Ministerpräsident, haben Sie heute nicht erklärt: Welche Zuständigkeiten hat denn dieses Amt für Asylverfahren? Die Zuständigkeit – das müssten Sie doch besser wissen – liegt im Grunde beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Ich sage Ihnen eines und das ist zutiefst abstoßend: Sie missbrauchen den Begriff des Asyls – ein geschützter Begriff! –, um im Prinzip zu kaschieren, dass

es Ihnen nur darum geht, Menschen los zu werden. Sie sollten vielmehr darüber sprechen, wie wir diese Menschen integrieren können.

Natürlich müssen Menschen zurück. Aber finden Sie doch einmal die Mitte! Sie betreiben hier eine gigantische Augenwischerei. Und ich sage Ihnen eines: Dieses Landesamt ist auch eine Verschwendung von Steuergeldern. Das gehört sich nicht.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Jawohl!)

Wir machen Ihnen einen Vorschlag:

(Zuruf von der CSU)

Ja, Respekt ist etwas anderes. Sie haben vorhin moniert, dass andere grinsen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind deren eigene Maßstäbe!)

Hören Sie doch einfach einmal zu. Herr Ministerpräsident, wir machen Ihnen einen Vorschlag: Wie wäre es mit einem Landesamt für Integration.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke an ein Landesamt, das die Kommunen bei der Unterbringung von anerkannten Flüchtlingen unterstützt. Die Kommunen brauchen dringend Koordinationshilfe. Ich denke an ein Amt, das bei den Angeboten für Sprach- und Integrationskursen unterstützt, ein Amt das bei der Jugendarbeit unterstützt und vor allen Dingen ein Amt, das Hunderttausende von Ehrenamtlichen unterstützt, die in unserem Land tagtäglich Integrationsarbeit leisten.

(Beifall bei der SPD)

Die Bezeichnung Ihres Amtes zeigt, was dieses Amt nicht ist: Das ist nicht Liebe zum eigenen Land. Definitiv nicht. Ich zitiere Ihnen gerne aus dem Duden den Begriff der Integration. Wie wird das dort definiert? – Es wird bewusst durch bestimmte Maßnahmen dafür gesorgt, dass jemand Teil einer Gruppe wird. Das führt unser Land zusammen. Das macht unser Land stark.

Wir sind ein Rechtsstaat. Wir werden rechtsstaatliche Maßnahmen bei allem treffen, aber missbrauchen Sie doch nicht immer das Thema, bei dem Sie dann Menschen gegeneinander aufhetzen. Das ist nicht richtig und das zeichnet auch den starken Staat nicht aus.

(Beifall bei der SPD)



Das einzige was wir zur Integration heute von Ihnen gehört haben, ist, dass Sie Flüchtlingskinder nach ihrer Ankunft in Deutschland in extra Deutschklassen separieren wollen, wo sie dann angeblich unsere Werte und unsere Sprache lernen.

Aber ehrlich: Wir haben in unserem Land doch Übergangsklassen, die genau das tun. Wenn Ihnen die Präsidentin des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes klar und deutlich sagt: Werte lernt man nicht in einer Klasse, sondern miteinander über alle Fächergrenzen hinweg, dann ist das Integration pur.

(Beifall bei der SPD)

Ein starker Staat lebt eben nicht von Ausgrenzung, Herr Ministerpräsident. Ein starker Staat lebt von ehrlichen Antworten auf die Herausforderungen. Er darf nicht Unsicherheit und Ängste schüren und Menschen gegeneinander ausspielen. Das zeichnet einen starken Staat nicht aus; es ist weder christlich noch sozial.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Sie haben heute auch eine eigene Bayerische Grenzpolizei angekündigt. Ich glaube, hierzu müssen Sie auf offene Fragen auch ehrliche Antworten geben. Grenzschutz ist doch Bundesaufgabe. Zuständig ist der Bundesminister Ihrer Partei. Unsere Frage lautet: Ist dieser Bundesminister dieser Aufgabe gewachsen?

(Volkmar Halbleib (SPD): Gute Frage!)

Nächste Frage: Woher sollen die 1.000 Grenzpolizisten kommen, wenn in unseren bayerischen Polizeidienststellen heute bereits 10 % der Stellen nicht besetzt sind. Woher diese Leute nehmen?

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

– Wissen Sie was, Herr Reiß: Wenden wir uns doch noch einmal den Polizistinnen und Polizisten zu.

(Tobias Reiß (CSU): Das tun wir täglich!)

Sagen wir ihnen doch, was ihnen ein starker Staat eigentlich zusichern sollte.

(Unruhe – Zurufe von der SPD: Ruhe! – Zuruf von der CSU: Das machen wir, wie wir es wollen! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Noch einmal: Wenden wir uns den Polizistinnen und Polizisten, die für unsere Sicherheit in unserem Lande sorgen, zu: Was brauchen sie von uns als starkem Staat? – Sie brauchen mehr Polizeidienststellen, ja.

Aber zur Ehrlichkeit gehört natürlich auch, dass sie nicht von heute auf morgen kommen. Sie müssen zunächst einmal in die Ausbildung gehen, und erst dann werden wir sie haben. Das ist ehrlich. Wissen Sie, was wir den Polizistinnen und Polizisten zusichern müssen? Dass wir ihnen helfen, die Überstunden abzubauen, die sie vor sich herschieben. Die Polizistinnen und Polizisten in Bayern haben zwei Millionen Überstunden; das ist eine abstrakte Zahl. Sprechen Sie einmal mit den Beamten! Wissen Sie, was sie Ihnen sagen? Sie haben Glück, wenn sie überhaupt noch ein Wochenende im Monat frei haben. Da frage ich Sie: Ist das das Familienleben eines Polizisten, dass er seine Kinder, seine Frau bzw. seinen Mann einmal im Monat an einem Wochenende sieht? Polizistinnen und Polizisten brauchen unsere Unterstützung in der Realität ihres Lebens. Genau diese Möglichkeit müssen wir verbessern.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Hier wird noch etwas deutlich: Ein starker Staat zeichnet sich dadurch aus, dass er geradlinig, ehrlich und ernsthaft vorgeht.

Zum Thema Polizei möchte ich Ihnen noch etwas sagen: Ein starker demokratischer Staat kann niemals ein Überwachungsstaat sein, niemals.

(Zurufe von der SPD: Bravo! – Beifall bei der SPD – Peter Winter (CSU): Das sind Ihre Worte und nicht unsere!)

Ein starker demokratischer Staat, den wir lieben, lebt durch seine Freiheitsrechte und durch die Freiheit jedes Einzelnen.

(Zurufe von der CSU)

Mit dem neuen Polizeiaufgabengesetz und auch mit dem neuen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, Herr Ministerpräsident, schießen Sie weit über das Ziel hinaus, weit.

(Peter Winter (CSU): Nach Ihrer Meinung! – Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen eines: Wenn Sie diese Gesetze durch das Parlament peitschen, verändern Sie das Freiheitsverständnis in unserem Land.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wer sagt denn das?)

Sie verändern das Vertrauensverhältnis der Menschen zur Politik, und Sie versündigen sich an der Tradition unseres Freistaates, an der Liebe zur Frei-

heit und an der Liebe zur Liberalität. Daran versündigen Sie sich dann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen auch eines: Das Polizeiaufgabengesetz passt leider in das allgemeine Bild der CSU in diesen Wochen, Herr Söder. Vieles, was aus der neuen Führungscrew der CSU kommt, ist einfach ohne Augenmaß und maßlos. Aus Ihren Facebook-Parolen, Ihrer Sprache der Konfrontation in Interviews, Ihrem mangelnden Respekt vor anderen Glaubensrichtungen und Ihrer Polarisierung sprechen vor allem Verunsicherung und eine tief sitzende Angst vor dem Machtverlust. Daraus resultiert offensichtlich Skrupellosigkeit, wenn es darum geht, Menschen gegeneinander auszuspielen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ihnen scheint ja derzeit fast alles recht zu sein, um Ihre Angst vor einer rechtsextremen Partei in den Griff zu bekommen. Deswegen, Herr Ministerpräsident, kann ich die freundlichen Passagen Ihrer Regierungserklärung heute für mich persönlich nicht ernst nehmen. Denn würden Sie sie wirklich ernst meinen, würden Sie sich an diesem traurigen Schauspiel nicht nur nicht beteiligen, Sie würden es stoppen. Aber dazu, Herr Söder, fehlt Ihnen der Wille.

(Zurufe von der SPD: Bravo! – Lang anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den GRÜNEN)

: